



Strengthening Africa's Economic Performance

BRENTHURST DISKUSSIONSGRUNDLAGEN 2/2009

Der Kivu-See-Konsens

PROGRAMM FÜR EIN WETTBEWERBSSTARKES AFRIKA

ZUSAMMENFASSUNG

ZEHN STRATEGIEN ZUR STEIGERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AFRIKAS

Der Kivu-See-Konsens ist das Ergebnis zweier Treffen in Italien und Ruanda im Jahre 2008, welche die Wettbewerbsfähigkeit als kritisches Element einer *afrikanischen Strategie* zur Steigerung der Beschäftigung und des Wohlstands erkannten. Die weltweite Wirtschaftskrise und die demografische Lage Afrikas machen diese Aufgabe umso dringlicher.

Wettbewerbsfähigkeit ist hier als die Fähigkeit definiert, ein Umfeld zu erhalten, in dem Unternehmen Waren und Dienstleistungen rentabel produzieren können, für die der Markt bereit ist zu zahlen.

In diesem Dokument werden Aktionen vorgeschlagen, die von afrikanischen Staaten in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Hilfsorganisationen zur Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents umgesetzt werden können:

- 1) **Bilanzreform:** Der Schwerpunkt soll nicht nur auf *makro*-ökonomischen (zum Beispiel, saubere Finanzen, Währungs- und Handelspolitiken), sondern auch auf *mikro*-ökonomischen Reformen liegen, insbesondere auf Strategien, die sich mit Regierungssteuern und –ausgaben und Auflagen zur Zulassung und Auflösung von Unternehmen befassen, sowie anderen beschränkenden Bestimmungen.
- 2) **Reduzierung der Kosten, Hürden und Unsicherheiten:** Die Beseitigung bürokratischer Engpässe, die Investition in Infrastruktur und Fähigkeiten, sowie die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit zählen zu den Hauptverantwortungen einer Regierung. Länder, die nicht auch in ihr Gesundheitswesen und ihre Ausbildung investieren und ihr natürliches Umfeld schützen, werden nicht lange wettbewerbsfähig bleiben können.
- 3) **Eckwerte:** Eckwerte der Wettbewerbsfähigkeit sollten erarbeitet werden, damit die Kosten der gewerblichen Tätigkeit verglichen und gesenkt werden können.
- 4) **Differenzierung:** Obwohl einige der Herausforderungen Afrikas den gesamten Kontinent betreffen – etwa an Rohstoffpreise gekoppelte Wachstumsraten, hohe Kosten von Strom, Wasser und Gas, mangelnde Infrastruktur, geringes Vorhandensein beruflicher Qualifikation und ein demografischer Boom – erfordert das Bestehen gravierend unterschiedlicher Staaten, von Reformstaaten zu *failing states*, von ölreichen zu rohstoffarmen Staaten, die Anpassung der Strategien zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit an die Umstände des jeweiligen Landes.
- 5) **Wettbewerb um Investition, nicht Hilfe:** Ein größerer Anteil der Bemühungen seitens der Regierungen sollte in den Wettbewerb um Investitionen gehen, nicht in das Aushandeln der ausländischen Hilfe. Für Investoren, und nicht für Hilfsorganisationen, sollten 'One-Stop-Shops' eingerichtet und die Verfahren vereinfacht werden.
- 6) **Erstellung von Verhaltenskodexen:** Verhaltenskodexe für Unternehmen und NGOs sollten erstellt werden. Doch sollten übermäßig erschwerende Einschränkungen für Unternehmen vermieden und die Vorhersehbarkeit regulatoriver und steuerpolitischer Änderungen sichergestellt werden.
- 7) **Loslösen der inländischen Reformen von ausländischer Hilfe:** Afrikanische Regierungen sollten ihre eigenen wirtschaftlichen Reformen nicht von der Verfügbarkeit von Hilfsmitteln abhängig machen. So, zum Beispiel, kann ein Land im Bereich Handelskapazitäten und Reform des wirtschaftlichen Klimas sehr viel selbstständig erreichen, weil dazu in erster Linie Führung und Projektleitung erforderlich sind, nicht Geld.
- 8) **Schlüsselausgaben weiterführen:** Die Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstituten ist unerlässlich, damit gewährleistet werden kann, dass Regierungsausgaben, die für den wirtschaftlichen Fortschritt erforderlich sind, uneingeschränkt getätigt werden können.
- 9) **Wettbewerbsfähigkeit der Währung sicherstellen:** Vorsicht vor 'Dutch Disease', Gewährleistung eines wettbewerbsstarken Wechselkurses.
- 10) **Wachstumskoalitionen eingehen:** Entwicklung eines inländischen Bewusstseins, dass wirtschaftliche Reformen und hohe Wachstumsraten für eine Senkung der Armut notwendig sind und das Land in die weltweite Wirtschaft eingegliedert werden muss.

Afrikanische Staaten, die diese Handlungen umsetzen, werden nicht nur wesentlich wettbewerbsstärker werden, sondern auch eine starke Senkung der Armut erfahren.

EINFÜHRUNG: EINE LANGFRISTIGE HERAUSFORDERUNG

Heute kann einem Land nur dann wirkliche Ungerechtigkeit in den Händen der weltweiten Wirtschaft widerfahren, wenn es davon ausgeschlossen wird. Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sind deshalb zur ersten Priorität Afrikas geworden. Es gibt nicht den *einen* richtigen Weg zu einer wettbewerbsstarken Wirtschaft – doch müssen Länder, die eine Zukunft jenseits ausländischer Hilfe anstreben, Defizite erkennen und ansprechen, die ihre Teilnahme am weltweiten Handel einschränken.

Noch nie zuvor war die Aufgabe, afrikanische Wirtschaften wettbewerbsfähiger zu gestalten, dringlicher als heute. Hohe Rohstoffpreise, die Wachstumsraten von fünf Prozent in den vergangenen Jahren ermöglichten, sind stark gesunken. Mit der Schrumpfung der Staatseinnahmen der Industriestaaten wird auch die Summe der ausländischen Hilfe an afrikanische Regierungen abnehmen. Auch werden die Überweisungen von im Ausland lebenden Afrikanern, die eine starke Quelle von Wohlstand und Investition darstellen, sinken.

Diese Realitäten unterstreichen die Wichtigkeit, den Wert afrikanischer Exporte zu steigern, öffentliche Investitionen in berufliche Qualifikation und Institutionen zu tätigen, und Grundhaltungen zu ändern, damit Afrika vollwertig an der Weltwirtschaft teilnehmen kann. Hierzu ist es notwendig, Koalitionen für Wirtschaftswachstum auf dem gesamten Kontinent einzugehen, damit das Potenzial des Privatsektors als Kraft für einen sozialen Aufschwung von afrikanischen Entscheidungsträgern, Meinungsbildern und zivilgesellschaftlichen Gruppen besser verstanden wird.

Interner Druck schafft auch ein vorteilhaftes Umfeld für Handlung und Veränderung. Bis zum Jahre 2025 stammt einer aus vier jungen Menschen weltweit aus Subsahara-Afrika, welches 40 Prozent der arbeitenden Bevölkerungsschicht Afrikas und 60 Prozent seiner Arbeitslosen darstellt. Schwache Lebensumstände und mangelnde Grunddienstleistungen im Zusammentreffen mit der enormen Wohlstandsungleichheit Afrikas schaffen enorme Gefahr sozialer Destabilisierung. Die wirtschaftliche Marginalisierung afrikanischer Frauen schränkt die Entwicklung weiterhin ein. Würden ihre Talente freigesetzt, wären die Frauen und Jugendlichen Afrikas eine enorme Treibkraft für einen positiven Wandel auf dem Kontinenten; werden diese Talente jedoch vernachlässigt, wird ihre Not zu einem Katalysator sozialer und politischer Destabilisierung.

In den vergangenen 25 Jahren wurden afrikanische Reformprogramme von den Zielsetzungen der Geber bestimmt. Vorschriften in der Entwicklung verschiedener Politiken standen im engen Zusammenhang mit dem sogenannten 'Washington-Consensus', der sowohl makro-ökonomische Disziplin (die Afrika meist einhielt) als auch, wesentlicherweise, Marktliberalisierung betonte (welche Afrika meist mied). Die Debatte entwickelte sich dann dahingehend, dass Regierungsführung und Institutionen einerseits – wie sie in dem New Partnership for Africa's Development (NEPAD) verkörpert wurden – und große öffentliche Investitionen in 'Humankapital' andererseits – wie sie in erster Linie in den UN Millennium-Entwicklungszielen festgehalten wurden – ins Rampenlicht rückten. In jüngerer Vergangenheit hat Afrika auf die erstaunlichen Wachstumsrekorde Chinas gesehen und sich gefragt, ob es wohl einen 'Beijing- Consensus' gebe, der als Alternative betrachtet werden könnte.

DER WASHINGTON-CONSENSUS

John Williamson prägte den Begriff 'Washington- Consensus'. Er legte ursprünglich zehn Reformbereiche dar, die von vielen Vertretern der internationalen Finanzinstitute Washingtons als Maßnahmen betrachtet wurden, die von Lateinamerika (nicht von allen Ländern) ab 1989 (aber nicht für alle Zeiten) umzusetzen seien. Diese schlossen Finanzdisziplin, Steuerreformen, Liberalisierung der Zinssätze, Beibehalten eines wettbewerbsfähigen Wechselkurses, Handelsliberalisierung und Privatisierung ein.

Die 'drei großen Gedanken', welche die Grundlage dieses 'Consensus' bildeten waren – so Williamson -: makro-ökonomische Disziplin; Marktwirtschaft; und Weltoffenheit hinsichtlich Handel und Investition.

Doch ist es Afrika seit jeher schwer gefallen, ein eigenes Reformprogramm zu entwickeln. Fortwährende Wirtschafts- und Sicherheitskrisen verstärkten die Schwäche afrikanischer Regierungen und erschwerten die Entwicklung und Umsetzung von Reformen. Mit wenigen Ausnahmen lässt sich sagen, dass robuste inländische Wählerschaften, die für Reformen stehen, sich auf diesem Kontinent noch entwickeln müssen.

Der Prozess, der letztlich zu *diesem* Konsens führte, war der Grundsatz, dass die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit Afrikas für seine Entwicklung unerlässlich ist. Die Herausforderung bestand weniger darin, Argumente für diesen Grundsatz zu finden, als vielmehr darin zu erläutern, was zur Erlangung dieses Ziels zu tun ist.

Der *Consensus* war das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der Brenthurst Foundation, dem African Economic Research Consortium, Business Leadership South Africa und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dieser Prozess führte Geschäftsleute, politische Entscheidungsträger, Journalisten, Akademiker und Meinungspräger in Sitzungen in Villa La Colina in Cadenabbia, Italien, am 26.-28. Mai 2008 und an den Ufern des Kivu-Sees in Gisenyi, Ruanda, am 14.-15. Dezember 2008 zusammen. Eine Teilnehmerliste ist in der Anlage enthalten.

DIE HERAUSFORDERUNG DER AFRIKANISCHEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

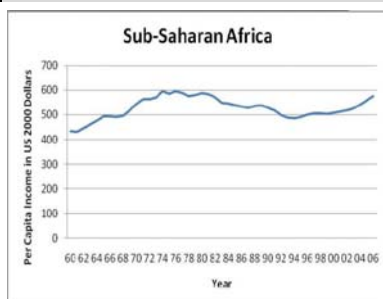
Das Hauptproblem bei der Entwicklung Afrikas ist, dass es sich ausgesprochen schwierig gestaltet, dort unternehmerisch tätig zu sein. Der *Doing Business*-Umfrage der Weltbank zufolge ist Afrika der geschäftsunfreundlichste Kontinent. Afrikanische Länder befinden sich durchschnittlich an 136. Stelle, im Vergleich zur 87. Stelle der lateinamerikanischen und karibischen Staaten. Die Sicherung der Zukunft Afrikas hängt entscheidend von der Abschaffung der Hürden ab, die Wettbewerbsfähigkeit im Privatsektor senken – insbesondere solche, die von unangemessenen Eingriffen der Regierung verursacht werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist seine Fähigkeit, ein Umfeld zu erhalten, in dem Unternehmen Waren und Dienstleistungen rentabel produzieren können, für die der Markt zahlen wird. Die Beseitigung bürokratischer Engpässe, die Investition in Infrastruktur und Fähigkeiten, sowie die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit zählen zu den Hauptverantwortungen einer Regierung. Länder, die nicht auch in ihr Gesundheitswesen und ihre Ausbildung investieren und ihr natürliches Umfeld schützen, werden nicht lange wettbewerbsfähig bleiben können.

Zwei wesentliche Änderungen haben in Afrika stattgefunden, welche eine neue Ausrichtung auf Wettbewerbsfähigkeit zulassen. An erster Stelle ist die Demokratie heute weiter verbreitet als zu jedem anderen Zeitpunkt seit der Unabhängigkeit. An zweiter Stelle blickt Afrika nun auf ein halbes Jahrzehnt von Wirtschaftswachstum zurück, welches den Widerstand gegen Marktreformen senkt.

DIE GESCHICHTE DER WIRTSCHAFT AFRIKAS

Oggleich es schwer ist, ca. achtundvierzig Länder zu verallgemeinern, kann die postkoloniale Geschichte der Wirtschaft in Subsahara-Afrika in drei Phasen unterteilt werden. In den 1960ern wuchsen afrikanische Wirtschaften durch die hohen Rohstoffpreise. Das Prokopfeinkommen war vermutlich Mitte der 1970er am höchsten.



Es folgte eine Zeit des Rückgangs bis Mitte der 1990er, welcher durch den Ölpreisschock, niedrigere Rohstoffpreise und verschiedene wirtschaftliche Verzerrungen infolge schlechter Regierungspolitik verursacht wurde. In den letzten fünfzehn Jahren stiegen afrikanische Wachstumsraten wieder, was auf wirtschaftliche Reformen und eine erneute Nachfrage für die Bodenschätze dieses Kontinents zurückzuführen ist. Doch ist das durchschnittliche Prokopfeinkommen in Afrika heute immer noch niedriger als Mitte der 1970er.

Demokratie ist nicht nur an sich wichtig, sondern steigert auch die wirtschaftliche und soziale Leistung. Jüngste Forschung hat ergeben, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten nur acht der 65 autokratischen Staaten Wachstum verzeichneten, und mindestens ein Drittel dieser Gesamtzahl auf ein Jahr akuter wirtschaftlicher Schrumpfung zurückblicken muss. In den Entwicklungsstaaten außerhalb Ostasiens haben Demokratien zwischen 1960 und 2003 ihre Wirtschaften 50 Prozent schneller wachsen lassen können als autokratische Staaten.

Demokratien senken Kosten dadurch, dass sie Konflikte vermeiden, die öffentliche Beobachtung der Regierungsausgaben fördern und die Ansprechlichkeit der Regierung stärken. Demokratien blicken auf bessere Erfolge bei der Schaffung von 'Rechenschaftsorganen' zurück, die die Rechtsstaatlichkeit, die ausführenden Gewalten und Korruptionsbekämpfung im Blick behalten, sowie politische Zugehörigkeit von öffentlichen Möglichkeiten trennen.

Insbesondere sind Demokratien wohl dazu in der Lage, den politischen Konsens zu Reformen, welche erfolgreiche Reformstaaten von stagnierenden *failing states* unterscheiden, *nachhaltig* zu bewahren. Der Grund, weshalb Afrika seit der Unabhängigkeit ärmer geworden ist, ist nicht etwa, dass es schlechten Rat bekommen hätte, sondern vielmehr dass nur wenige Länder es schafften, inländisch politischen Konsens zu Reformen und Wachstum des Privatsektors zu erlangen. Wirklich wichtige Reformen sind politisch schmerzhaft, weil sie vom Staat verlangen, Macht an den Markt und den Privatsektor abzugeben, und weil sie die beschützte Position politisch angebundener Monopole herausfordern.

MEXIKO: REIHENFOLGE DER REFORMSCHRITTE, UMGANG MIT PERSÖNLICHEN INTERESSEN

Mexiko hat im vergangenen Vierteljahrhundert eine beachtliche Veränderung durchlebt: es entwickelte sich von einer geschlossenen Wirtschaft und einem geschlossenen politischen System zu einer tragfähigen Demokratie mit stabiler Währung und beständigem, wenn auch glanzlosem, wirtschaftlichem Wachstum und einer Kapitalbildung, die es zu einer der Top 15 Wirtschaften weltweit macht. Im Jahre 1994 begann Mexiko seine wirtschaftliche Integration mit den USA und Kanada, indem es das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) unterzeichnete. 2000 wurde Vicente Fox zum Präsidenten gewählt und endete damit das Machtmonopol, das die Institutionelle Revolutionäre Partei (PRI) gehalten hatte. 2007 überwiesen im Ausland lebende Mexikaner, die meisten in den USA und Kanada, einen erstaunlichen Betrag von US\$ 24 Mrd. in ihr Heimatland. Diese Überweisungen wurden die größte Quelle ausländischer Einnahmen und ermöglichten den Handelsüberschuss der Nation – mit dem starken Dollarzufluss bleibt auch der Peso eine starke und stabile Währung.

Bei der Umsetzung struktureller Änderungen in der mexikanischen Wirtschaft und dem politischen System haben Regierungen in den vergangenen 20 Jahren einen zweigleisigen Ansatz verfolgt. Zunächst wurde die Entscheidung getroffen, sich dem Welthandelssystem anzuschließen (GATT und später WHO), Freihandelsabkommen mit den wichtigsten Handelspartnern einzugehen und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem Forum der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC) und anderen globalen Partnerschaften beizutreten. Gleichzeitig wurden grundlegende strukturelle Änderungen an den Gesetzen zum geistigen Eigentum, dem Rechtssystem, Landbesitz, Wahlbestimmungen und der Steuerreform vorgenommen, welche zum Fundament eines wettbewerbsstärkeren Landes wurden, das ausländischen Direktinvestitionen und dem globalisierten Handelssystem offen gegenüber stand. Die letzte Phase umfasste Gesetzgebung, welche Transparenz und gute Regierungsführung innerhalb des öffentlichen Sektors und der *public private partnerships* für Investitionen in die Infrastruktur gewährleistete. Diese grundlegenden Änderungen der Wirtschaft und des politischen Systems in Mexiko haben dem Land die notwendigen Werkzeuge geliefert, nicht nur mit seinen direkten Nachbarn in Nord- und Lateinamerika in Wettbewerb zu treten, sondern auch mit Europa und Asien.

Diese interne politische Arbeit ist der Kern des flüchtigen 'Ownership'-Konzepts, das oftmals als das *sine qua non* des Entwicklungserfolges bezeichnet wird. Er kann nicht von Ausländern produziert werden und kein Land kann ohne ihn erfolgreich sein.

EL SALVADOR: WERDEGANG VON EINER BANANENREPUBLIK

El Salvador zeigt, dass die Vergangenheit kein Prolog ist. Es ist möglich, mit einer gewalttätigen Geschichte, starker politischer Polarisierung, verzerrter Vermögensverteilung, hoher Kriminalitätsrate,

Abhängigkeit vom Agrarsektor und Abholzung konstruktiv umzugehen. Auch ist es möglich, eine regionale Positionierung zu einem strategischen Vorteil zu verwandeln.

Der Bürgerkrieg kostete 75 000 Menschenleben und US\$ 5 Mrd. Das BIP fiel um 20 Prozent. Aber dies führte zu politischen und wirtschaftlichen Reformen nach dem Friedensvertrag von 1992, in dem die Festlegung auf eine Demokratie die Hauptsäule des Wiederaufbaus bildete. Seither verfolgte El Salvador gewissenhaft die üblichen Vorgaben einer wirtschaftlichen Reform, inklusive Privatisierung, Steuerreform, die Dollarisierung 2001 und Handelsliberalisierung. Das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen beginnt nun Ergebnisse zu zeigen, indem es alle Tarif- und Investitionsbarrieren mit den USA und den fünf zentralamerikanischen Staaten ausschaltet.

Das BIP-Wachstum El Salvadors ist unlängst auf knapp fünf Prozent gestiegen, nachdem es etliche Jahre um die 1,5 Prozent lag. Die Regierung hat Schlüsselprojekte angepackt, um höhere Wachstumsraten zu erlangen. San Salvador ist rasch zu einer regionalen Luftfahrtmetropole geworden, die Nord- und Südamerika mit Zentralamerika verbindet. Die Agentur zur Förderung von Investitionen in El Salvador hat sich erfolgreich an die High-Tech-Industrien gewendet, einschließlich Dell, das ein englisch-spanisches Back-Office-Call-Center errichtete. Auch der komplette Finanzsektor wurde internationalen Banken der Spitzenklasse verkauft, und viele europäische und amerikanische Investoren haben strategische Industrien, wie die Brauerei, Zementindustrie, Pensionskassen, Versicherungsgesellschaften und viele andere aufgekauft und dadurch seit 2005 über US\$ 3 Mrd. investiert.

El Salvador hatte kaum eine andere Wahl, als seine eigenen Pläne für eine positivere Zukunft zu schmieden und zu zeigen, dass die Rettung von innen heraus herbeizuführen ist. Dies sollte afrikanische Staaten ermutigen, die aus einer Zeit des Konflikts auferstehen und kaum andere offensichtliche Entwicklungsoptionen sehen als die Erhöhung der Hilfsmittel. Doch wenn das vom Konflikt zerrissene El Salvador es geschafft hat, warum nicht auch afrikanische Staaten?

Glücklicherweise besteht heute eine größere Offenheit gegenüber wirtschaftlicher Reformen in Afrika. Einige der wichtigsten Gespräche – so auch über die Notwendigkeit eines wettbewerbsfähigen Wechselkurses, die Wichtigkeit des Privatsektors und das Verhältnis zwischen Staat und Markt – sind heute deutlich weniger umstritten, wenn auch noch nicht vollständig gelöst.

Doch nach manch einer schweren Entscheidung können einige afrikanische Staaten heute die Vorteile in Form signifikanter neuer in- und ausländischer Investitionen sehen. Viele andere Staaten auf dem Kontinent bauen nun mit genau denselben Bausteinen.

DAS GEORGIANISCHE ZEITALTER

Seit seiner Rosenrevolution im Jahre 2003 ist Georgien zu einem Modell der Reform geworden, die auf wachsender Freiheit und gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit beruht, inklusive der Privatisierung tausender staatlicher Industrien, der Senkung der Körperschaftssteuern auf 15 Prozent (von 47 Prozent), der Abschaffung von Steuern auf Kapitalgewinnen, Zinsen und Dividenden, was zu dramatisch höheren Regierungseinnahmen führte. Die Märkte Georgiens zählen zu den offensten weltweit (zum Beispiel lassen sich georgische Einfuhrsteuern mit denen in Singapur und Hong Kong vergleichen – Länder, die sich Georgien bei der Neuschreibung seiner Gesetze als Modelle nahm).

Durch die drastische Senkung der Anzahl an Lizenzen, Zulassungen und Genehmigungen, die für Bauprojekte und kommerzielle Prozesse erforderlich waren, und durch die Auflage, dass die Regierung innerhalb einer festgelegten Frist (in der Regel zwei Wochen) auf jede Anfrage antworten muss, hat Georgien eine historische Abnahme der Korruption herbeigeführt.

Dabei war es das Ziel der Regierung, ein Umfeld zu schaffen, in dem Unternehmen gedeihen können, nicht etwa bestimmte Sektoren zu fördern. Wachstum zeichnete sich nicht bei Dienstleistungen wie dem Tourismus ab, sondern auch in völlig unerwarteten Bereichen, wie zum Beispiel Haartransplantationen für den südkoreanischen Markt.

Auch ist Georgien ein Modell wirtschaftlicher Freiheit, und leitet dramatische Reformmaßnahmen einseitig ein, ohne dadurch die gefürchteten Folgen zu erleiden, die viele andere Länder von ebensolchen Reformen abhalten. Es schaffte für Bürger aus 50 Ländern die Notwendigkeit für Visum und Arbeitsgenehmigung ab. Es erkennt die technischen Bestimmungen und Qualitätsprüfungen der meisten OECD- und EU-Staaten an und vermeidet dadurch die Notwendigkeit einer duplizierten georgianischen Zertifizierung. Auch bei Finanzbestimmungen wird ein solches 'Profiling' eingesetzt.

Im Jahre 2007 war Georgien nach Einstufung der Weltbank der Spitzenreformstaat weltweit im Hinblick auf die Leichtigkeit, mit der dort Geschäfte abgewickelt werden können. Georgien stieg in einem Jahr von 112. auf 37. Stelle, der größte Aufstieg aller Zeiten, und 2008 war es bereits an 18. Stelle (von 178

Ländern). Die Anzahl der für Geschäftstätigkeiten erforderlichen Lizenzen ist auf ein Zehntel gesunken. Zwischen 2002 und 2005 wies es nach Messungen der Weltbank die größte Abnahme an Korruption aller Schwellenländer auf. Infolge mehrerer Jahre mit 10prozentigem Wirtschaftswachstum sank die Armut der 4,5 Mio. Einwohner des Landes von 54 Prozent im Jahre 2001 auf 34 Prozent im Jahre 2006. Obwohl die Wirtschaft unter dem Doppelschock des Krieges mit Russland im August 2008 und der gleichzeitigen weltweiten Wirtschaftskrise litt, bleibt die Grundlage für langfristigen Wohlstand erhalten. In der Tat ist Georgien eines der wenigen Länder weltweit, die 2009 einen Haushaltsüberschuss erwarten.

Was andere von ihnen lernen können, ist laut dem ehemaligen Premierminister Lado Gurgenidze ganz einfach: "Flache Steuersätze, keine Währungs- und Kapitalkontrollen, volle Flexibilität der Arbeitsmärkte, Ausschaltung bürokratischen Ballasts, keinerlei Toleranz bei Korruption und Schutz der Investoren." Diese Maßnahmen verbergen weniger Risiken als Entwicklungsländer fürchten, und durch sie ist viel zu gewinnen.

Entwicklungsländer – einschließlich des früher enorm ineffizienten Indiens und Mexikos – zeigen, wie Reform zu Wachstum und neuen Möglichkeiten für die Armen führen kann. Dies kann Afrika zur Inspiration werden, sollte aber auch als Warnung dienen, dass Afrika hinter dem Rest der Entwicklungsländer zurückliegt. Die von anderen armen Ländern verfolgten Entwicklungsstrategien können Afrika in der Tat einige Wachstumschancen verbauen, obwohl sich dadurch auch neue Möglichkeiten auftun können.

INDIEN: FLUCHT AUS DEM WACHSTUM IM 'HINDU'-TEMPO

In der Mythologie wird berichtet, dass die Wirtschaft Indiens im Morast einer unveränderlichen, suboptimalen Wachstumsrate von 3,5 Prozent im 'Hindu'-Tempo steckte, bis sie mit Hilfe weitreichender wirtschaftlicher Reformen im Jahre 1991 ausbrach. Bereits als die These der Wachstumsrate im 'Hindu'-Tempo 1980 erdacht wurde, hatte sich Indien bereits von der 3,5 Prozentmarke auf 5,5 Prozent Jahreswachstum des BIP bewegt. Dies war durch eine signifikante Steigerung der Ersparnisse und Investitionen von nahezu 25 Prozent des BIPs in die Wirtschaft möglich (von ca. 10 Prozent zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung von britischer Herrschaft 1947). Trotz der 1991 eingeführten Reformen blieb Indien zunächst unterhalb des 6prozentigen Jahreswachstums, bis sich in den letzten fünf Jahren (2003-08) ein Quantensprung auf 8 Prozent zeigte und Indien nach China zur schnellst wachsenden Wirtschaft weltweit wurde – dies war durch eine weitere Steigerung der Ersparnisse und Investitionen auf ca. 35 Prozent des BIP möglich.

Die Reform begann nicht 1990. Sie begann ein Jahrzehnt vorher, als das durchdringende System staatlicher Kontrolle über Industrie und Unternehmen in kleinen Schritten abgebaut wurde. Die Grundlagen für den Erfolg wurden bereits in den 1960ern gelegt, als elitäre Einrichtungen für höhere Bildung in Technologie und Management gegründet wurden und die Grüne Revolution gestartet wurde, die landwirtschaftliche Produktivität anspornte und den Nahrungsmittelmangel beendete. Auch die indische Mittelschicht entstand nicht plötzlich aus dem Nichts. Sie wuchs langsam in kleinen Schritten (im Hinblick auf die Marktgröße), bis sie Mitte der 1980er die kritische Masse erreichte.

VIETNAM: RICHTIGSTELLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN GRUNDLAGEN

Nach Kriegsende 1975 war Vietnam ein wirtschaftliches Wrack, dessen bekanntestes Ausführprodukt die Bootladungen von Flüchtlingen waren, die seine Ufer in Massen verließen. Seit die Regierung im Jahre 1986 das *doi-moi*-Konzept ('Innovation') begann, welches landwirtschaftliche Kollektivisierung mit Privatbesitz ersetzte, war eine überwältigende Transformation zu sehen. Es sind sogar viele der 'Bootleute' zurückgekehrt, um Teil der verheißungsvollen Zukunft Vietnams zu werden.

Als die sich im Zusammenbruch befindende Sowjetunion ihre letzten Subventionen Mitte der 1980er entzog, sah sich Vietnam, einst eines der weltgrößten Reisexportländer, gezwungen, jährlich über 1,5 Mio. Tonnen Reis einzuführen, um eine immense Hungersnot abzuwenden. Diese Krise gab Reformatoren innerhalb der regierenden Kommunistischen Partei die Gelegenheit, politische Unterstützung für einen Wandel von der versagenden Zentralverwaltungswirtschaft zu einer Marktwirtschaft zu gewinnen. Erste Politiken erlaubten die Dezentralisierung der staatswirtschaftlichen Führung, welches den Industrien vor Ort Autonomie verschaffte; Verwaltungsmaßnahmen wurden mit wirtschaftlichen Mechanismen ersetzt, einschließlich einer marktbestimmten Währungspolitik, die zur Eindämmung der Inflation beitrug; bei wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland wurden Politiken verfolgt, die das Ausland im Blick hatten, zum Beispiel, dass Wechselkurse und Zinssätze auf Marktbedingungen reagieren konnten; es wurden landwirtschaftliche Politiken entwickelt, die langfristige Bodennutzungsrechte vorsahen, welche wiederum Investitionen förderten; man verließ sich in zunehmendem Maße auf den Privatsektor als treibende Kraft wirtschaftlichen Wachstums; sowohl Staat als auch Privatindustrie durften direkt im Einfuhr- und Ausfuhrhandel mit ausländischen Partnern handeln. Weitere *doi-moi*-Reformen schlossen die Überarbeitung des Gesetzes zu ausländischer Investition ein; nahezu alle Direktsubventionen und Preiskontrollen wurden eingestellt; der Bankensektor wurde für ausländische Teilnahme geöffnet; es

wurden Ausfuhrbearbeitungszonen geschaffen, die 100prozentige ausländische Teilnahme erlaubten; ein Großteil der Bürokratie der Zentralverwaltungswirtschaft wurde abgeschafft; und schließlich wurden ehemaligen Besitzern und deren Erben die Unternehmen zurückgegeben, die nach der Vereinigung 1975 konfisziert oder nationalisiert worden waren, sofern solche Besitzer oder deren Erben dazu bereit waren in die Unternehmen zu investieren.

Die direkte Folge dieser Reformen ist, dass Vietnam heute der zweitgrößte Reisexporteur, der zweitgrößte Kaffeeproduzent und der größte Robusta-Bohnen-Exporteur der Welt ist. Im letzten Jahrzehnt belief sich das durchschnittliche Wirtschaftswachstum pro Jahr auf 7,5 Prozent und wurde von Herstellern aller Größenordnungen ermöglicht: von kleinen Textilunternehmen bis hin zur neuen US\$1 Mrd. Halbleiterproduktionsstätte Intels, welches die größte ausländische Investition dieses Microchip-Riesen darstellt. Auch haben die 86 Mio. Vietnamesen, im Gegensatz zu ihren 1,3 Mrd. Nachbarn im Norden in der Volksrepublik China, es geschafft, die Armut erfolgreich zu senken und sozialen Zusammenhalt zu fördern. Zum Beispiel ist der Gini-Koeffizient Vietnams, eine Messung der ungleichen Verteilung des Wohlstands, um die 37 geblieben, wohingegen der momentane Wert Chinas bei 47 liegt und ständig steigt – eine Erklärung hierfür ist wohl der anhaltende Ausbau der Mittelklasse Vietnams, sowie die Abnahme seiner Armutsrate von über 75 Prozent im Jahre 1990 auf unter 14 Prozent im Jahre 2007, eine Leistung, die von der Weltbank als 'eine der erfolgreichsten Armutsbekämpfungsmaßnahmen aller Zeiten' beschrieben wurde. Ein landesweites Elektrifizierungsprogramm hat nahezu 90 Prozent aller Wohnungen Strom verschafft. Fast alle Kinder beginnen zumindest die Sekundarstufenausbildung, etwa zwei Drittel von ihnen beenden sie. Ein nationaler Arbeitslosenversicherungsplan soll 2009 eingeführt werden.

Die Erfahrungen Vietnams können auch anderen Ländern, die aus konfliktreichen und wirtschaftlich turbulenten Zeiten auferstehen, den Weg zeigen: wenn die Grundsätze wirtschaftlicher Strukturen richtiggestellt werden, kann das Wachstumspotenzial eines Landes freigesetzt werden.

Die Handelsintegration ist von Vorteil für Länder, die Waren und Dienstleistungen günstiger liefern können. Entwicklungsländer, die sich der globalen Wirtschaft öffnen, wachsen schneller. Dies heißt nicht, dass die Integration Ungleichheit senkt – sie kann sogar die Einkommenskluft erweitern. Doch fördert der globale Handel die am üppigsten vorhandenen inländischen Sektoren: Arbeitskraft, Rohstoffe, Land oder Kapital – und Afrika ist mit den ersten dreien reich gesegnet. Es ist nicht im Interesse Afrikas, protektionistische Strategien zu betreiben, aber es gibt Möglichkeiten, wie Regierungen junge Industrien unterstützen und den Einfluss der Einkommensungleichheiten lindern können.

COSTA RICA: VON KAFFEE ZU COMPUTER-CHIPS

Die Wirtschaft Costa Ricas ist in den letzten zwei Jahrzehnten um jährlich fünf Prozent gewachsen und hat sich von seiner landwirtschaftlichen Grundlage zu High-Tech und Dienstleistungen entwickelt: von Kaffee und Bananen zu Computer-Chips, medizinischen Geräten und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. Heute ist es der Standort vieler Spitzenfirmen, wie Intel, die heute etwa ein Viertel aller Computer-Chips in Costa Rica produziert. Exporte sind um zehn Prozent pro Jahr von US\$ 870 Mio. vor 25 Jahren zu US\$ 10 Mrd. 2008 gestiegen, außergewöhnlich für eine Wirtschaft von nur 4 Mio. Menschen. Diese Entwicklungen sind nicht auf Kosten der Landwirtschaft geschehen, die einst zwei Drittel aller Exporte ausmachte. Auch dieser Sektor hat sich diversifiziert und seine Produktion gesteigert, obwohl sein Ausfuhranteil auf nur 14 Prozent gesunken ist. Costa Rica ist heute noch weltweit der sechstgrößte Pro-Kopf-Exporteur landwirtschaftlicher Produkte. Die Hauptlektion ist, dass diese Erfolge auf Handels- und Kapitaloffenheit beruhen und klaren Verstand und gute Politiken als Werkzeuge eingesetzt haben. Die erste der Fragen, die ein Land sich in einem solchen Reform- und Wachstumsprozess, wie man ihn in Costa Rica erfolgreich sehen konnte, *selbst* stellen muss, lautet: Was können wir wirklich gut?

Wie die internationale Erfahrung zeigt, können veränderte Strategien es Unternehmen erlauben, in der internationalen Arena wettbewerbsfähig zu sein. Der Übergang El Salvadors basierte auf dem Ende des Bürgerkrieges, Stabilisierung und Privatisierung; seinen regionalen Standpunkt verwandelte es durch umfangreiche Investitionen in seine Infrastruktur zu seinem Vorteil. Georgien und Indien belegen beide die Vorteile der Deregulierung. Vietnam zeigt die Wichtigkeit von Privatbesitz und die Beteiligung der Diaspora als Schlüssel zur Steigerung der Produktion und Investition. Costa Rica zeigt, wie Diversifizierung auch unter Beibehaltung eines starken Landwirtschaftssektors möglich ist. Alle zeigen sie, wie der Privatsektor die Senkung der Armut vorantreiben kann und wie Regierungen die Transformation ermöglichen sollten.

Selbstverständlich ist dabei die Reihenfolge der Reformen je nach Wettbewerbsvorteil und Stärken eines Landes anders. Deshalb gibt es keine Checkliste, nach denen Regierungen ihre Reformen einfach abhaken können.

DIFFERENZIERUNG ZULASSEN

Es lassen sich einige allgemeine Grundsätze für alle Länder, die sich in einer Reform befinden, formulieren, die dann jedoch an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepasst werden müssen. Einige der Herausforderungen Afrikas erstrecken sich über den gesamten Kontinent: an Rohstoffpreise gekoppelte Wachstumsraten, hohe Strom-, Gas- und Wasserkosten, mangelnde Infrastruktur, geringes Maß beruflicher Fähigkeiten und ein demografischer Boom.

DIFFERENZIERUNG AFRIKAS

Vielleicht war in den letzten fünfzig Jahren der wichtigste Trend in Afrika die gesteigerte Vielfalt der wirtschaftlichen Leistungen. Botswana und Mauritius ist es gelungen, ihr Pro-Kopf-Einkommen durch ausgezeichnete Regierungsführung erheblich zu steigern. Diese Länder haben viel Gutes für ihre Bevölkerungen bewirkt, auch wenn sie so klein sind, dass ihr Beispiel außerhalb ihrer Landesgrenzen keine hohen Wogen schlägt.

Einige andere Länder – wie Ghana, Namibia, Mosambik und Südafrika – haben wichtige Verbesserungen in der Regierungsführung institutionalisiert, auch wenn sie dadurch noch keine großen wirtschaftlichen Gewinne erlangen konnten. Eine sehr viel größere Anzahl afrikanischer Länder haben wirtschaftliche Reformen durchgeführt, diese jedoch nicht ausreichend im Rahmen der Regierungsführung institutionell verankert, um das wirtschaftliche Momentum weiterführen zu können. Diese Länder wuchsen während der in jüngster Vergangenheit gesehenen hohen Rohstoffpreise, aber befinden sich nun in eher bescheidenen wirtschaftlichen Umständen, da die Rohstoffpreise wieder sinken.

Auch gibt es einige afrikanische Länder (wie die Demokratische Republik Kongo, Liberia, Sierra Leone und Simbabwe), die eine dramatische Verschlechterung ihrer einfachsten Institutionen infolge von Konflikten und schlechtem Management erlebten und ihre Bevölkerungen zu weit verbreitetem und stets zunehmendem Leiden verurteilten. Einige von ihnen jedoch (zum Beispiel Liberia) sind nun dabei, ihren Weg aus dieser Situation heraus zu finden. Die ölproduzierenden Staaten Afrikas (Angola, Äquatorialguinea und Nigeria) unterscheiden sich maßgeblich von den anderen Ländern, weil Petroleum ein so hohes Einkommen für die Regierenden garantiert, dass es oftmals an einem wirklichen Anreiz fehlt, gute Regierungsführung und Diversifizierung der Wirtschaft zu fördern, obwohl Erdöl niemals in ausreichenden Mengen vorkommt, dass ganze Länder dadurch reich werden können.

Diese Vielfalt sollte auch bei externen Bemühungen um Afrika bedacht werden; wird kein differenzierter Ansatz verfolgt, werden die Erfolge einzelner afrikanischer Staaten nur allzu oft bei einem flüchtigen Blick auf den gesamten Kontinent übersehen.

Es ist nun klar, dass es verschiedene Staaten gibt: solche, die bereits erhebliche Erfolge bei der Durchführung wirtschaftlicher Reformen erzielen konnten; solche, deren Reformprogramm noch lückenhaft ist; und die Ölexporture, die mit ihren Kohlenwasserstoff-Ressourcen so viel Geld verdienen, dass sie es sich leisten können, dem Druck zur Reform zu widerstehen.

Jeder dieser Staaten sieht sich bei der Kostensenkung und bei der Erlangung von Wettbewerbsfähigkeit anderen Herausforderungen gegenüber gestellt. Die Staaten, die Reformen bereits durchgeführt haben, müssen sich nun um ausländische Investitionen bemühen. Die Länder, die noch keine bedeutenden Reformfortschritte zu verzeichnen haben, sollten zumindest ihre inländische Wirtschaft verstärkt in den formellen Sektor einbeziehen. Produzenten von Erdöl und anderen Bodenschätzen müssen gewissenhaft dafür sorgen, dass Einnahmen von ihren Hauptausfuhrprodukten ihre Wirtschaft nicht überwältigen und Geschäftstätigkeiten in anderen Bereichen unerschwinglich machen.

EIN PROGRAMM FÜR DIE ZUKUNFT

Politische Ziele für Wettbewerbsfähigkeit

In den Gesprächen um Entwicklung geht es nicht mehr um das Gleichgewicht zwischen Staat und Markt, sondern um die Notwendigkeit einer gesteigerten Anzahl von Märkten und effizienterer Regierungen. Es geht um Unternehmen, sowohl in- als auch ausländische, die *von Afrika ausgehend* auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind.

Entwicklung durch Wettbewerbsfähigkeit setzt Folgendes voraus:

- ◆ Eine Analyse der Kostenstrukturen der Wirtschaft und der Vorsatz, die teuersten Probleme zuerst anzugehen.
- ◆ Die Wettbewerbsfähigkeit des Landes sollte den Kern aller politischen Gespräche ausmachen. Gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit auf regionaler und internationaler Ebene sollte das Hauptziel der Politik sein und Wählern als solches vorgetragen werden und von politischen Parteien zum Programmpunkt gemacht werden.
- ◆ Einen fortwährenden Prozess zur Identifizierung von Sektoren der Wirtschaft, die zum jeweiligen Zeitpunkt angesichts der ständigen Veränderungen in der internationalen Wirtschaft wettbewerbsfähig sein könnten.

Was afrikanische Regierungen zu tun haben

Afrikanische Regierungen müssen Wachstumsmöglichkeiten identifizieren und das Gespräch der inländischen Entwicklung fördern. Bürger müssen sich dessen bewusst sein, dass sie im Wettbewerb mit der restlichen Welt stehen. Dies setzt voraus, dass die Haltung der Entscheidungsträger im Bereich Entwicklung sich von Hilfgeldern und Gebern zu Investition und Geschäftstätigkeit wendet.

ECKWERTE DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Teil des Umdenkens hinsichtlich der Entwicklung Afrikas sollte es sein, die Millennium-Entwicklungsziele der UN mit Eckwerten der Wettbewerbsfähigkeit zu ergänzen. Mit der Einbeziehung der Maßnahmen wirtschaftlicher Innovation und administrativer Effizienz würden solche Ziele dazu beitragen, dass Länder einen Rahmen schaffen könnten, in dem sie Geschäftstätigkeit ausbauen und *ihren Weg aus der Armut heraus handeln* könnten. Sie würden auf genau die Indikatoren eingehen, die Unternehmer als die größten Hürden der Geschäftstätigkeit beschreiben: Kapitalkosten, Strom, Verkehrswesen, Telekommunikation, Steuern, Arbeitskraft und Korruption. Sie würden auf die sinnvolle Arbeit der Weltbank und anderer Organisationen wie dem Weltwirtschaftsforum aufbauen und sie synthetisieren, indem die Hindernisse für Geschäftstätigkeit in Afrika miteinander und mit der restlichen Welt verglichen werden.

Afrikanische Regierungen sollten also:

- ◆ Eigene, inländische Gespräche zur Entwicklung initiieren;
- ◆ Die Zeit der Regierung dazu nutzen, Investitionen zu fördern, nicht Entwicklungshilfepakete auszuhandeln; Dabei ist es wichtig 'One-Stop-Shops' für Investoren und nicht für Geber zu entwickeln;
- ◆ Dafür sorgen, dass die makro-ökonomischen Grundsätze solide sind, einschließlich sauberer Finanzen und der Handels- und Währungspolitik;
- ◆ Die Verhaltenskodexe für Unternehmen vereinfachen;
- ◆ Vorhersehbarkeit regulativer und steuerpolitischer Veränderungen gewährleisten;
- ◆ Einen gesunden Kreditmarkt aufbauen, der auch kleinen und mittelständischen Unternehmen gerecht wird und sowohl auf Unternehmen als auch auf Einzelunternehmer eingeht;
- ◆ Einen wettbewerbsfähigen Wechselkurs gewährleisten.

GEWÄHRLEISTUNG EINES WETTBEWERBSFÄHIGEN WECHSELKURSES

Selbst wenn ein Land seine Wettbewerbsfähigkeit intern erreicht hat, wird der Preis, zu dem seine Waren auf dem internationalen Markt gehandelt werden von seinem Wechselkurs bestimmt. Ein überbewerteter Wechselkurs kann inländische Wettbewerbsfähigkeit komplett aufheben und die erfolgreiche Stärkung der Ausfuhr verhindern. Fast alle rasch wachsenden Entwicklungsländer haben ihre Zeiten wirtschaftlichen Erfolges mit wettbewerbsfähigen Wechselkursen und raschem Exportwachstum begonnen. Japan, Korea, Taiwan, Chile und Malaysia begannen ihre Zeiten raschen Wachstums alle mit schwachen Wechselkursen. Ebenso ist der außergewöhnliche Wirtschaftserfolg Chinas auch auf seine anfänglich schwache Währung, rasches Exportwachstum und starken Widerstand gegen eine Reduzierung seiner Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung seiner Währung zurückzuführen. Im Gegensatz hierzu ist schwache wirtschaftliche Leistung oft auf überbewertete Wechselkurse zurückzuführen, insbesondere in Ländern, die vorübergehend von hohen Rohstoffpreisen (die sogenannte 'Dutch Disease' – siehe unten) oder von kurzfristigen Kapitalzuflüssen wegen hoher Zinssätze oder von erheblichen Gebergeldern profitierten.

Das Erhalten eines wettbewerbsfähigen Wechselkurses erfordert bewusste politische Reaktion, da bei steigender Ausfuhrleistung eines Landes auch seine Währung gestärkt wird. Maßnahmen zur Verhinderung der Währungsaufwertung umfassen den Einkauf ausländischer Devisenreserven durch die Zentralbank, die vorübergehende Offshore-Anlage von Währungseingängen in souveränen Vermögensfonds zur späteren Nutzung, Bestimmungen zur Verhinderung kurzfristiger Kapitalzuflüsse, sowie die Öffnung inländischer Märkte zur Stärkung der Importe und der Investitionen im Ausland.

Ferner sollten afrikanische Regierungen:

- ◆ Sektoren mit dem größten Wettbewerbsvorteil identifizieren, einschließlich Tourismus und anderer Dienstleistungen, die Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen, sowie Landwirtschaft;
- ◆ Die Infrastruktur zur Steigerung der Produktivität ausbauen;
- ◆ Den öffentlichen Dienst professioneller (und weniger politisch) gestalten;
- ◆ Eckwerte der eigenen Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zur restlichen Welt festlegen;
- ◆ Monopolen entgegenwirken – insbesondere politisch angelegten Monopolen – und immer die Interessen der Verbraucher über die der Hersteller stellen; dadurch werden Hersteller wettbewerbsstärker;
- ◆ Die Kosten der Legalisierung von Geschäftstätigkeiten und der Geschäftstätigkeiten innerhalb des formellen Sektors senken und gleichzeitig die Kosten fortwährender Geschäftstätigkeiten im informellen Sektor erhöhen;
- ◆ Beziehungen zur afrikanischen Diaspora ausbauen und weniger auf den sogenannten 'Brain Drain' blicken. Solche eindeutig dynamischen Einzelpersonen sollten auf positive Weise dabei einbezogen werden, die Wettbewerbsfähigkeit afrikanischer Länder durch den Zufluss von Technologien, Finanzen und Know-How zu stärken und dort Botschafter Afrikas zu sein, wo sie sich niedergelassen haben. In den USA allein leben, zum Beispiel, mindestens 1,3 Mio. afrikanische Einwanderer. Obwohl sie nur 3,6 Prozent aller im Ausland geborenen amerikanischer Einwohner ausmachen, stellen sie immerhin 17,7 Prozent aller legal Eingereisten seit 2000 dar.
- ◆ Die Einnahme von Steuern und anderen Staatseinkünften fördern, insbesondere durch die Steigerung der Vorteile durch bessere Infrastruktur und staatliche Dienste;
- ◆ Die 'Neue Landwirtschaft' entwickeln, aber gleichzeitig klare Aussagen dazu machen, welche Unterstützung und Investitionen für den Erfolg erforderlich sind.

SCHWERPUNKT 'NEUE LANDWIRTSCHAFT' IN AFRIKA

Trotz ihres Reichtums an natürlichen Ressourcen hatten afrikanische Länder herkömmlicherweise weltweit betrachtet ausgesprochen schwache landwirtschaftliche Sektoren. Folglich sind 35 der 48 Subsahara-Staaten Nettonahrungsmittelimporteure. Während ostasiatische Länder ihre landwirtschaftlichen Erträge in den letzten vier Jahrzehnten verdreifachen konnten, blieb Afrika mit seinen mehr oder weniger gleich bleibenden Erträgen auf der Strecke.

Niedrige Produktivität, eine schlechte Infrastruktur und schwache inländische Märkte bedrohen die Entwicklung Afrikas, da sie den Export der Überschüsse in die Städte erschweren. Im Zusammenspiel mit hohen Lebensmittelpreisen kann dies als Katalysator für politische Spannungen insbesondere in städtischen Gebieten schädliche Folgen haben. Doch weiß man heute welche Bedingungen für eine 'Grüne Revolution' geschaffen werden müssen. Die Rockefeller Foundation fasst sie wie folgt zusammen:

- Ertragsreichere Anbaupflanzen und durch angewandte Forschung entwickelte Düngemittel;
- Lokale Fähigkeiten in Pflanzenkunde, Landwirtschaft, Agrarpolitik und Betriebswirtschaft;

- Engagement vonseiten der nationalen Regierungen;
- Öffentlich-private Zusammenarbeit im Bereich Infrastruktur, Wasser, Bewässerung und Umwelt; und
- Aufbau der Märkte.

Der direkte Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher Leistung und Handel sollte dabei betont werden. Bei fast der Hälfte aller Subsahara-Staaten fressen Beförderungskosten über 20 Prozent der durch den Export erlangten ausländischen Einnahmen. Bei manchen Binnenstaaten belaufen sich diese Kosten sogar auf 50 Prozent. Besonders negativ fällt der Einfluss der schwachen Infrastruktur bei der Entwicklung ländlicher Gegenden auf, da afrikanische Farmer sich kaum auf hochwertige Anbaupflanzen für die Ausfuhr spezialisieren können. Dies ist nicht nur auf die durch eine schwache Infrastruktur verursachten hohen *Beförderungskosten* zurückzuführen, sondern auch auf *Handelskosten*, die durch ineffiziente Zoll- und Abfertigungsverfahren verursacht werden, welche wiederum die Folge einer überfrachteten und ineffizienten Bürokratie, einer nicht wettbewerbsgesteuerten Haltung und Politik sind.

Die steigenden Lebensmittelpreise, von denen einige sicherlich nicht wieder sinken werden, stellen Afrika in eine paradoxe Situation politischer Krisen einerseits und, wenn die Landwirtschaft wiederbelebt werden kann, wirtschaftlicher Möglichkeiten für 180 Mio. Kleinfarmer andererseits. Es wäre tragisch, wenn die Krise fortwährt, aber die Chance verpasst wird.

Die Rolle des Privatsektors und der NGOs

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hängt von den Strategien und Handlungen seiner Regierung ab. Doch können NGOs, Stiftungen und Philanthropen helfen.

Die Zivilgesellschaft kann einen Impuls für Veränderung setzen und die exekutiven Mächte bei ihrer Ausführung kontrollieren. Doch sollten zivilgesellschaftliche Organisationen auch:

- ◆ Verhaltenskodexe für Unternehmen und andere Beteiligte wie NGOs vereinheitlichen und annehmen und dabei beachten, dass Wettbewerbsfähigkeit eines Landes durch eine Senkung der Kosten geschäftlicher Tätigkeiten erlangt wird;
- ◆ Eine größere Rolle bei wirtschaftlicher Bildung spielen und Einzelunternehmer bei der Entwicklung ihrer Geschäftspläne unterstützen;
- ◆ Gesetzgeber und Parlamentarier im Bereich rechtlicher und regulativer Aspekte eines wettbewerbsfähigen Geschäftsumfeldes schulen;
- ◆ Zeigen, wie Verbraucher, Arbeiter und die Umwelt geschützt werden können, ohne dabei Unternehmen unerschwingliche Kosten aufzubürden;
- ◆ Der Trennung zwischen Stadt und Land politische Aufmerksamkeit widmen.

Wie Hilfe besser verwaltet werden kann

Da es sich bei Entwicklung um einen politischen Prozess handelt, hängt ihr Erfolg davon ab, ob sie sich von dem jeweiligen Land zu eigen gemacht wird; die politischen Entscheidungsträger in Afrika sollten Schwerpunkte setzen, nicht etwa die Geber. Solche Schwerpunkte müssen gemäß der jeweiligen Gegebenheiten des Landes gesetzt werden. Bei der Findung eines Gleichgewichts zwischen dem, was Regierungen benötigen, und dem, was Geber geben möchten, müssen Geber:

- ◆ Nationales Wachstum und Kostensenkungsprogramme unterstützen, ohne diese dabei extern zu entwickeln oder 'perfekte' politische Lösungen zu suchen;
- ◆ Zusammen mit internationalen Finanzinstituten dafür sorgen, dass für die Wirtschaft erforderliche Regierungsausgaben nicht eingeschränkt werden;
- ◆ Mit dem Privatsektor bei der Entwicklung der Infrastruktur zusammenarbeiten;
- ◆ Andere negative Nebenwirkungen des Zuflusses von Hilfsgeldern erkennen und vermeiden, wie zum Beispiel 'Dutch Disease', eine Inflation des Wechselkurses und den Einsatz von Ressourcen nach Geberbedarf statt wirtschaftlichem Bedarf.

DIE VERMEIDUNG DER 'DUTCH DISEASE'

Der Begriff 'Dutch disease' entstammt einer Krise der Niederlande in den 1960ern, die ihren Ursprung in den Funden von Gasfeldern in der Nordsee hatte. Diese führten dazu, dass die holländische Währung stieg. Dadurch wurden jedoch die Exporte aller Nicht-Öl-Produkte auf dem internationalen Markt weniger wettbewerbsstark. Eine ähnliche Situation trat in den 1970ern in Großbritannien infolge des Nordsee-Öls auf. Obwohl die 'Dutch Disease' in erster Linie mit dem Einfluss von Bodenschätzen zusammenhängt und

folglich besonders in den ressourcenreichen afrikanischen Ländern bedacht werden sollte, kann sie auch durch jeden beliebigen plötzlichen Zufluss ausländischer Devisen verursacht werden, inklusive direkter Investitionen und Hilfgelder. Die daraus resultierende Zunahme im Import und Abnahme im Export kann dazu führen, dass Arbeitsplätze in der Produktion in billigere Länder verlagert werden.

Es gibt drei grundsätzliche Arten, die Bedrohung der 'Dutch Disease' zu verringern:

Erstens, durch eine Verlangsamung der Aufwertung des echten Wechselkurses durch eine 'Sterilisierung' der Einkommen, indem nicht alle Einkommen gleichzeitig ins Land gebracht werden, sondern sie so gespart und verteilt werden, dass sie einen stabilen Einkommensfluss gewährleisten. Eine zweite Maßnahme zur Vermeidung der Aufwertung des echten Wechselkurses ist eine Steigerung der inländischen Ersparnisse in der Wirtschaft, um dadurch große Kapitalzuflüsse zu vermeiden. Dies kann dadurch erlangt werden, dass ein Land einen Haushaltsüberschuss erzielt. Ein Land kann Einzelpersonen und Firmen dazu ermutigen mehr zu sparen, indem es Einkommens- und Gewinnsteuern senkt. Gesteigerte Spareinlagen können die Notwendigkeit für Anleihen zur Finanzierung von Regierungsdefiziten und ausländischen Direktinvestitionen senken. Die dritte Maßnahme ist eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Produktionssektors, indem in Ausbildung und Infrastruktur investiert wird.

Insgesamt ist der Schlüssel zur Vermeidung der 'Dutch Disease' gute Regierungsführung. 'Rent-seeking' und eine Überbewertung der Währung können am besten durch solide wirtschaftliche Grundsätze verhindert werden: gute Währungspolitik, offene Handels- und Investitionsprogramme, transparent umgesetzte Gesetze gegen Korruption, Rechtsstaatlichkeit und langfristige Investitionen in Menschen, Gesundheit und Infrastruktur.

DER WEG ZU EINEM WETTBEWERBSSTARKEN AFRIKA

Afrika kann sich seinen Weg zu wirtschaftlichem Erfolg durch 'Wachstumskoalitionen' auf dem gesamten Kontinent bauen. Dies ist eine noch nie da gewesene Herausforderung: Afrika muss im Vergleich zur Geschichte des Wirtschaftswachstums in Europa oder sogar Asien in kürzester Zeit eine enorme Menge an Hürden in Sachen Reform und öffentlicher Investitionen überwinden. Ferner muss Afrika diese Hürden in einer Zeit weltweiter wirtschaftlicher Unsicherheit überwinden.

KOALITIONSBILDUNG FÜR WACHSTUM IN AFRIKA

Wachstum in Afrika war meist eng an weltweite Rohstoffpreise gekoppelt. Es ist ein langer Weg vom Dasein einer autonomen Kraft, die auf der Entwicklung und der Anwendung von Humankapital basiert, zu einem Produzenten für die Weltmärkte – dem Motor langfristigen Wachstums anderswo.

Dies muss sich ändern. Dennoch hat jedes Land eine überfüllte Bühne von inländischen Rollenspielern, bilateralen Hilfsorganisationen, multilateralen Organisationen, NGOs, Beratern, Entwicklungstiftungen und ausländischen Regierungen. Die Kakophonie der Stimmen ist manchmal überwältigend und verwirrend und wird oft zu einer Quelle der Schirmherrschaft politischer Macht, statt zu einer Quelle für Entwicklungsfinanzierung und Rat, wie es beabsichtigt war. Statt den Blick fest auf Wachstum zu richten, lenken diese Organisationen die Aufmerksamkeit der Politiker oft von den wirklichen Problemen weg.

Die Welt beginnt nun ihr fünftes Jahrzehnt internationaler Entwicklungshilfe für Afrika und es beginnen sich Muster zu zeigen. Diese Muster sind das Ergebnis ähnlicher Denk- und Handlungsansätze der großen internationalen Hilfsorganisationen. Die Geschichte der Entwicklungshilfe lässt sich ganz grob als eine Folge unterschiedlicher Schwerpunkt zusammenfassen: zuerst ging es um die Verfügbarmachung von *Ressourcen* (Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er), dann wurden *Strategien* verfügbar gemacht (Mitte der 1980er bis etwa 2000) und schließlich wurden *Kapazitäten* zur Umsetzung dieser Strategien gebaut (von 1995 bis 2005). In den vergangenen Jahren hat sich der Schwerpunkt wieder auf Ressourcen verlagert, wobei quantitative Ziele in internationalen Foren bestimmt und mit umfangreichen Budgetunterstützungen in der Region umgesetzt werden.

Dieser Kreislauf wird sich wahrscheinlich fortsetzen und die Ergebnisse werden wiederum enttäuschend sein. Und dies nicht etwa auf Grund fehlerhafter wirtschaftlicher Argumentation seitens der Geber: Ressourcen, Strategien und Kapazitäten zu ihrer Umsetzung sind in der Tat die Werkzeuge, mit denen Wachstum erlangt werden kann. Aber wenn die Führungskräfte eines Landes andere Prioritäten haben, wird diese Eingabe immer noch keine Ergebnisse erbringen.

Das ist die fehlende Dimension: die Prioritäten der Führungsgruppen. Wenn Wachstum oberste Priorität hat, können Ressourcen mobilisiert, Strategien verfasst und innovative Lösungen bei der Umsetzung zum Tragen gebracht werden. Wenn andere Prioritäten überwiegen, wird Wachstum auf vielerlei, für

Außenseiter oft unverständliche Weisen gedämpft. Dies alles deutet darauf, dass es problematisch ist, Wachstum zur Priorität zu machen. Oft wird die zum Regieren erforderliche Vereinigung, oder Koalition, von anderen Faktoren zusammengehalten, nicht aber von einem Wachstumsprogramm. Politische Motive sind meist gemischt, aber nur, wenn ein Land eine angemessen starke inländische Koalition für Wachstum hat, werden wachstumsgetriebene öffentliche Strategien mit Elan und Entschlossenheit verfolgt werden.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass multilaterale und bilaterale Organisationen es nicht schaffen, Koalitionen für Wachstum zu bilden. Solche Organisationen sind in ihrem Wesen technokratisch und von der Haltung der Souveränität begrenzt. Die Bildung von Koalitionen jedoch ist im Wesen eine politische Übung.

Die einzige Weise, wie Wohlstand und Stabilität in Afrika erlangt werden können, ist wenn die Unternehmer auf dem Kontinent, von aller Regierung befreit, anfangen zu lernen, was sie der Welt besser als jede andere Nation bieten können. Der Erfolg erfordert Handlungen seitens der Regierung: große Investitionen in Humankapital und physisches Kapital, zusammen mit Strategien, die speziell darauf ausgerichtet sind, der Geschäftstätigkeit auferlegte Kosten und Einschränkungen zu senken.

Geber sollten dem Impuls widerstehen, Schlüsselfragen für Afrika zu beantworten. Am allerwichtigsten ist es zu entdecken, was Afrika selbst bewirken kann, auch wenn dies vielleicht weniger zu sein scheint als das, was für Afrika getan werden kann. Nur afrikanische Regierungen, die mit der Wirtschaft, dem Gesetzgeber und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, bilden eine tragfähige politische Koalition, die für den beschwerlichen Entwicklungsweg in die Zukunft erforderlich sein wird.

In vielen Ländern Afrikas muss der Dialog um Reform und Wohlstand erst noch beginnen. Der Kivu-See-Konsens ist ein Schritt auf dieser Leiter.

* * *

Anhang: Teilnehmer*

Alan Gelb	World Bank: Washington DC, Südafrika
Alberto Trejos	INCAE, Costa Rica
Alex Sokoloff	US Embassy: Rwanda, USA
Andres Rozental	Council on Foreign Relations, Mexiko
Andrew Rugasira	Good African Coffee, Uganda
Ann Bernstein	Centre for Development Enterprise, Südafrika
Annette Schwarzbauer	Konrad Adenauer Stiftung, Deutschland
Antoinette Mokgohloa	Pamuzinda Productions, Südafrika
Anton Bosl	Konrad Adenauer Stiftung: Namibia, Deutschland
Betty Maina	Association of Manufacturers, Kenia
Casper Klyngne	Africa Commission, Dänemark
Dan Makokera*	Pamuzinda Productions, Simbabwe
Dianna Games	Africa@Work: Südafrika, Simbabwe
Erastus Mwencha	Commission of the African Union: Äthiopien, Tansania
Fatima Harrak	Institute of African Studies, University of Mohammed V, Marokko
Frank Spengler	Konrad Adenauer Stiftung, Deutschland
Greg Mills*	The Brenthurst Foundation, Südafrika
Holger Hansen*	Centre of African Studies, University of Copenhagen, Dänemark
Hyuha Mukwanason	African Economic Research Consortium: Kenia, Uganda
James Kibera*	Mzima Ltd, Kenia
Jeffrey Herbst*	Miami University, USA
Jennifer Oppenheimer	The Brenthurst Foundation: Südafrika, USA
John Williamson	Peterson Institute for International Economics, Vereinigtes Königreich
Jonathan Oppenheimer	DB Investments, Südafrika
Kipyego Cheluget	Foreign Service Training Institute, Kenia
Klaus Rudischhauser	European Commission: Brüssel, Deutschland
Mark Bellamy	African Center for Strategic Studies, USA
Markus Lackamp	Political Programmes and Analyses: Christian Democratic Union, Deutschland
Martin Kimani*	<i>The East African</i> , Kenia
Mauro De Lorenzo*	American Enterprise Institute, USA
Michael Spicer*	Business Leadership SA, Südafrika
Mohammed Dahbi	Al Akhawayn University, Marokko
Morten Elkjaer	Africa Commission, Dänemark
Mundia Kabinga	University of the Copperbelt, Sambia
Natty B Davis	Presidential Adviser and Minister, Liberia
Patrick Mazimhaka*	The Brenthurst Foundation, Ruanda
Paul Kagame	President, Ruanda
J Peter Pham*	James Madison University, USA
Peter Zeng	Chinese Institute for Contemporary International Relations, China
Robert Sithebe*	KPMG, Swasiland
Sheila Khama	De Beers, Botswana
Simon Rutega	Uganda Securities Exchange, Uganda
Stefan Mair	Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutschland
Stephan Malherbe*	Genesis Analytics, Südafrika
Stephen Karingi	UN Economic Commission for Africa: Äthiopien, Kenia
Steve Caley	Fina Bank: Ruanda, Vereinigtes Königreich
Stuart Symington	Ambassador to Rwanda, USA
Tan Khee Giap	S Rajaratnam School of International Studies, Singapur
Terence McNamee*	Royal United Services Institute: United Kingdom, Kanada
Thomas Claiborne	E Oppenheimer & Son: Südafrika, USA
Thomas Nziritimana*	TransAfrika Resources: Südafrika, Demokratische Republik Kongo
Thomas Vester Nielsen	BankInvest, Dänemark
TN Ninan	<i>Business Standard</i> , Indien
Tumenta Kennedy	Wittenberg Center for Global Ethics: Deutschland, Kamerun
Victor Ngezayo	Group Ngezayo, Demokratische Republik Kongo
Witney Schneidman	Schneidman and Associates, USA

* Deutet Anwesenheit bei beiden Sitzungen in Como und in Kivu im Mai/Dezember 2008 an; Weglassung des Sternchens deutet darauf, dass nur eine Sitzung besucht wurde. Das am Zeilenende aufgeführte Land gibt die Herkunftsland des jeweiligen Teilnehmers an.